

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-kr

**Dezernat/Fachbereich/AZ**

29.04.13

**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I</b>	29.04.2013	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	13.05.2013	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Maßnahmen gegen randalierende Jugendliche in der City Wiesdorf

- Antrag der Fraktion pro NRW vom 19.04.13
- Stellungnahme der Verwaltung vom 23.04.13 (s. Anlage)

01

- über Herrn Beigeordneten Adomat gez. Adomat
- über Herrn Oberbürgermeister Buchhorn gez. Buchhorn

**Maßnahmen gegen randalierende Jugendliche in der City Wiesdorf**  
**- Antrag der Fraktion pro NRW vom 19.04.13**  
**- Nr. 2145/2013 (ö)**

Der Fachbereich Kinder und Jugend ist seit langen Jahren mit der Problematik der Kinder und Jugendlichen der Leverkusener Großfamilie vertraut. Ein Teil von ihnen lebt in Wiesdorf, daher verbringen die Kinder und Jugendlichen ihre Freizeit auch in der Rathausgalerie.

Einerseits wegen der Wohnortnähe, andererseits wegen der Attraktivität der Rathausgalerie und ihrer Angebote (z.B. Saturn mit kostenlosen Spielekonsolen, wechselnde kostenlose Angebote für jüngere Kinder oder der Springbrunnen vor dem Gebäude usw.) halten sich Kinder und Jugendliche, teilweise in größeren Gruppen, dort auf.

Dies entspricht der normalen Lebensrealität nicht nur für Angehörige der Leverkusener Großfamilie.

In der Sozialraumarbeitsgemeinschaft für den Stadtteil Wiesdorf, einem Zusammenschluss von Schulen, Tageseinrichtungen, offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen, der Polizei u.a. unter der Federführung des Fachbereichs Kinder und Jugend, wurde in den zurückliegenden Jahren häufig und intensiv über die Auswirkungen einer starken Präsenz der Großfamilie speziell im Stadtteil Wiesdorf diskutiert und eng kooperiert.

2008 und 2009 wurden in diesem Zusammenhang an der städtischen und katholischen Grundschule Dönhoffstraße „Starke Kinder“- Projekte zur Gewaltprävention wiederholt durchgeführt. In der Rückmeldung von Frau Preuße, Schulleiterin GGS Dönhoffstraße, wird berichtet, dass es an der Schule ruhiger geworden ist. Der Einsatz von Schulsozialarbeit, finanziert aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, hat sich hier ebenfalls positiv und beruhigend auf die Situation ausgewirkt.

Für familiengerichtliche Eingriffe besteht keine Veranlassung, die strafrechtliche Verfolgung ist Aufgabe der Ordnungsbehörden und wird, nach hiesigem Kenntnisstand, konsequent betrieben.

Erkenntnisse über eine Zunahme der Auffälligkeiten der Kinder/Jugendlichen aus diesen Familien liegen dem Fachbereich Kinder und Jugend nicht vor.

Gez. Papadopoulos